

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

23.8.1924 (No. 196)

lung der Kreditgewährung. Es ist ganz selbstverständlich, daß wenn die Londoner Dinge scheitern, die Reichsbank dann in verstärktem Maße zu diesem Mittel zurückkommen muß, wenn sie die Mark auf Parität halten will, wozu wir absolut entschlossen sind. Eine Inflation irgend welcher Art wird von uns einstimmig mit größter Entschiedenheit abgelehnt. Die Situation beim eventuellen Scheitern des Londoner Paktes wird sich zwar wahrscheinlich zunächst in der Richtung auswirken, daß eine ganze Reihe von Krediten, die in der letzten Zeit aus dem Ausland an die deutsche Wirtschaft gegangen sind, zurückgezogen wird, und es wird dann Aufgabe der Reichsbank sein, zu sehen, wie sie an die Stelle dieser Kredite treten kann. Sie wird noch in höherem Grade als bisher ausfinden müssen, und sie wird auch insbesondere das laufende Wechselportefeuille hinsichtlich Prolongationen sehr viel nachdrücklicher durchsehen müssen, als es jetzt in der Hoffnung auf die Londoner Lösung geschehen ist. Wir werden darauf bestehen müssen, daß alle Wechsel, die fällig werden, auch bei Fälligkeit gezahlt und nicht prolongiert werden. Das wird in allererster Linie selbstverständlich auf das landwirtschaftliche Portefeuille der Reichsbank zutreffen. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß mit dem Scheitern des Londoner Paktes und mit dem Scheitern des Bankgesetzes selbstverständlich auch die Umwandlung der Rentenbank scheitert. Die Rentenbank wird die ihr zugedachte Aufgabe der Kreditgewährung an die Landwirtschaft nicht aufnehmen können, wenn sie nicht auf der anderen Seite durch die Reichsbank entlastet wird. Das kann naturgemäß nicht der Fall sein, wenn der Londoner Pakt scheitert.

Ich muß Ihnen also offen gestehen, daß ich die Frage des Herrn Dr. Schneider nur dahin beantworten kann, daß wenn der Londoner Pakt nicht zustande kommt, ich für die Kreditbeschaffung und Kapitalbeschaffung der deutschen Wirtschaft schwarz sehe.

Im Ausw. Aussch. erklärte ferner Reichsfinanzminister Dr. Luther auf eine kommunistische Anfrage, ob in London mit Kenntnis der Reichsregierung geheime Abmachungen zwischen deutschen und ausländischen Industriegruppen getroffen worden seien, daß in keiner Weise geheime Abmachungen getroffen wurden.

Erleichterungen an der Zollgrenze des besetzten Gebiets

Wie aus Höchst a. M. gemeldet wird, ist am Freitag vormittag die Zollgrenze bei Griesheim und Sossenheim mit Fahrrädern zu überschreiten, ohne sich dabei Zollschwierigkeiten auszuweisen. Die Zollbeamten üben ihre Tätigkeit vorläufig nicht mehr aus. Trotzdem die Zollkontrolle noch nicht offiziell aufgehoben worden ist, wird in der Zollrevision an den Grenzstationen jetzt bedeutend toleranter verfahren.

Die Interpellationsdebatte in der französischen Kammer

Die Interpellationsdebatte in der französischen Kammer hat am Freitag vormittag begonnen.

Als erster Interpellant stellte der radikalsozialistische Abg. Marguère fest, daß die heutige Politik Frankreichs in allem durch die Lage bestimmt sei, wie sie durch die Ruhrbesetzung geschaffen wurde. Die Besetzung habe Frankreich nicht viel genützt. Sie sei auch für das Wiedererwachen des Alldeutstums und die nicht zu übersehenden Widerstände gegen den Sachverständigenplan in Deutschland verantwortlich. Im Gegensatz zu Kaincaré, der den Damesplan ohne Vorbehalt angenommen habe, habe Herrriot dessen Verbesserung durch die Einführung des Schiedsverfahrens durchgesetzt. Die Lösung, die die französische Politik erstrebe, sei nur durch ein alliiertes Einvernehmen zu verwirklichen. Auch die Sicherheit Frankreichs sei von sehr vielen anderen Faktoren abhängig, gegenwärtigen militärischen Kräfteverhältnissen abhängig. Der Interpellant begrüßte Herrriot dazu, der Welt wieder einmal das wahre Antlitz Frankreichs gezeigt zu haben.

In der Nachmittagsitzung sprach der der Sozialist-republikanischen Partei angehörige Abg. Dutreil. Als er auf die Besetzung des Ruhrgebietes zu sprechen kam und ausführte, daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet zur Erlangung von Reparationen und nicht wegen der Sicherheitsfrage erfolgt sei, griff Herrriot ein und erklärte, sein Leitgedanke in London sei gewesen, Frankreich auf den Boden des Rechts zu stellen, was gleichbedeutend sei mit der Verbürgung der Sicherheit Frankreichs. Er spreche nicht als Idealist, sondern sei eingedenk der Lehren des Krieges, die so viele vergessen hätten.

Blum wies in seiner Rede darauf hin, daß man nach der Annahme des Damesplanes nicht mehr an der Zweckmäßigkeit der Ruhrbesetzung festhalten könne. In diesem Punkte sei die Stellung des Ministerpräsidenten in London unhaltbar und unmöglich gewesen. Er hätte England nicht an der Zurückziehung seiner Truppen aus der Kölner Zone am 10. Januar hindern können, die, wie er wisse, eine materielle Stütze der Ruhrbesetzung sei. Dann gebe es eine neue Tatsache, die er nicht aus dem Auge verlieren dürfe: die deutschen Wahlen vom 4. Mai. Die frühere Kammermehrheit und damit die frühere französische Regierung seien in gewissem Maß für das Ergebnis dieser Wahlen verantwortlich. Denn die französischen Wahlen hätten vor den deutschen Wahlen stattfinden müssen, dann hätte Frankreich den Triumph der Alldeutschen nicht zu erleben brauchen. Der Redner erklärte, daß er in Verlegenheit wäre, wenn er die einjährige Besetzung des Ruhrgebietes rechtfertigen sollte, besonders angesichts der Möglichkeit von Neuwahlen in Deutschland. Aber es werde von Deutschland selber abhängen, ob diese Fristen verkürzt werden. Seine Partei werde den Londoner Abmachungen trotz ihrer Unvollkommenheit zustimmen in der Überzeugung, daß Verbesserungen eintreten würden. Er dankte dem Ministerpräsidenten für seine in London geleistete Arbeit, von wo er den Frieden in Ehren zurückbringe. (Beifall links, Lärm und Zwischenrufe rechts u. im Zentrum). Blum schloß: Die Londoner Konferenz ist die Rechtfertigung unserer Politik. Ich habe gelegentlich dem Ministerpräsidenten in aller Freundschaft gesagt, daß er nicht das richtige Gefühl für die Macht der Kräfte habe, die ihn zur Macht emporgetragen haben. Er müsse diese Macht benutzen, um das ganze Programm des 11. Mai zur Durchführung zu bringen.

Nach einviertelstündiger Pause wurde die Sitzung kurz nach 7 Uhr wieder aufgenommen. Der konservative Abgeordnete Grandmaison erklärte, er könne die Politik Herrriots nicht billigen, und gab der Befürchtung Ausdruck, daß der Damesplan Garantien vernichte, die Frankreich noch bezüglich der Reparationen besitze. Der Redner bedauerte weiter, daß Frankreich die in der Besetzung des Ruhrgebietes enthaltenen Sicherheiten aufgeben werde.

Herrriot erwiderte: Ich betone nochmals, Reparationen u. Sicherheiten dürfen nicht miteinander vermischt werden. Die Sicherheit ist uns durch den Versailler Vertrag unter Bedingungen garantiert worden, über die man diskutieren kann, die aber in keiner Weise in London abgeändert wurden.

Grandmaison erklärte hierauf, es sei trotzdem wahr, daß die Londoner Konferenz der Beginn der Liquidation des Vers-

sailler Vertrages sei. Macdonald selbst habe gesagt, daß der Damesplan der Beginn des wahren Friedens sei, was bedeute, daß andere Verträge für ihn nicht mehr beständen. (Anruhe auf verschiedenen Bänken.) Deutschland brauche, damit Frankreich sich wieder einem Deutschland von 1914 gegenüber befinde, nur eines Kredit. Der Damesplan verschaffe sie. Frankreich werde sich also wieder einmal einem Deutschland gegenüber befinden, das dieselben Expansionsbedürfnisse habe, wie im Jahre 1914. (Beifall rechts.) Als hierauf Fabry das Wort ergreifen wollte, wurde allgemeiner Protest laut. Durch Handaufheben beschloß die Kammer, um 10 Uhr abends eine Nachtigung abzuhalten.

Diese begann kurz nach 10 Uhr abends und dauerte bis 2 Uhr heute früh, worauf die Weiterberatung auf heute (Samstag) vormittag 10 Uhr vertagt wurde.

Als erster Redner sprach der ehemalige Ministerpräsident Fabry zu seiner Interpellation über die Sicherheitsfrage. Frankreich verlöre einen Zuwachs an Sicherheit, den es durch die Ruhrbesetzung erlangt habe. Während der Ausführungen Fabrys kommt es zu einer Interpellation Briands, der erklärte, man habe die öffentliche Meinung in einer Atmosphäre gefährlicher Wut gehalten; man habe sich zu sehr in Illusionen ergangen und sich nicht genug mit der Wirklichkeit befaßt. Solange die Militärkontrolle tatsächlich wirksam gewesen sei, sei Deutschland zur Ausführung eines Handstreiches außerstande gewesen. Aber nach dem Ruhrunternehmen sei die Kontrolle fortgefallen. — Diese Ausführungen Briands rufen einen Protest des ehemaligen Kriegsministers Maginot hervor. — Fabry fährt dann in seiner Rede fort: Jedesmal, wenn Frankreich sich isoliert habe, habe eine Niederlage erlitten. Als es auf den Schlachtfeldern von seinen Alliierten umgeben war, sei es seines Sieges sicher gewesen. Die Isoliertheit sei gleichbedeutend mit der Zuhilfenahme von Gewalt. Allmählich werde man von dem Jahrmärzler erfährt, und Europa, das schon lange der Dinge müde sei, beginne zu seufzen. (Lebhaftes Unterbrechung rechts.)

Abg. Taittinger erklärte, er fürchte, daß es Herrriot nicht gelingen werde, die Gemüter zu beruhigen und abzurufen, wie er das hoffe.

Der Ministerpräsident erhebt sich darauf und erklärt, ihm liege nichts mehr am Herzen, als die Sicherheitsfrage. Man werfe ihm vor, daß er sich der Wirklichkeit gegenüber gleichgültig verhalte. Er wisse, daß Vorsichtsmaßnahmen nötig seien, um die Abrüstung Deutschlands zu sichern. Die Gedanken, die er zum Ausdruck gebracht habe, seien etwas anderes als naiver Idealismus. Es gelte, in Deutschland die Reste des verabschiedungswürdigen Regimes zu zerstören, das die Völker gegeneinander gehebt und Frankreich fast dem Untergang nahegebracht habe. Ausrotten aber lasse sich ein Volk nicht. Im Namen der Demokratie wolle Frankreich wachsam sein. Sie wolle, daß das alte Deutschland verschwinde und das neue Deutschland in die Erscheinung trete. In London habe die französische Delegation an den bestehenden Garantien der französischen Sicherheit nicht rühren lassen. Der Übergang der Kontrolle der Alliierten auf den Rührerhand unter Wahrung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen werde gesichert werden. Allen Verleumdungen zum Trost seien die Anhänger der französischen Linken nicht weniger gute Franzosen als die Republikaner.

Der unabhängige Sozialist Brunet schloß sich unter starkem Beifall den Erklärungen des Ministerpräsidenten an. In seinen weiteren Ausführungen wies Brunet auf die Gefahr hin, die dem Frieden durch die Militärpolitik der Sowjets drohe.

Kurz nach Mitternacht wird ein Antrag der Opposition auf Vertagung abgelehnt.

Der rechtsstehende Abg. de Monzie verlangt, vom Ministerpräsidenten Aufklärung über die Tragweite und die evtl. Konsequenzen des Macdonald-Briefes über die militärische Räumung des Ruhrgebietes. Er unterstreicht die Konsequenzen Frankreichs in London und behandelt eingehend die Sicherheitsfrage. Besonders erregt ihn die Entwicklung der deutschen Luftschiffahrt für Frankreich gefährlich.

Darauf verlangt der ehemalige Minister Marin erneut die Vertagung und führt Beschwörer darüber, daß die Redner der Mehrheit zu reichlich zu Worte gekommen seien.

Um 2 Uhr heute früh wurde die Weiterberatung auf heute vormittag 10 Uhr vertagt.

England und die deutsch-französischen Handelsbeziehungen Macdonald, der gegenwärtig außerhalb Londons weilt, hat der „Daily Express“ folgendes Telegramm gesandt: Was den Handelsvertrag anlangt, so sind unsere beteiligten Departements angewiesen, Berichte vorzubereiten, und Herrriot hat sich verpflichtet, mir die Vorschläge, die er Deutschland machen werde, zu unterbreiten, damit ich meine Bemerkungen dazu machen kann. — „Daily Express“ sagt dazu, es sei leicht offenbar, daß Macdonald die Auffassung Snowden teile, wonach der Plan eines deutsch-französischen Handelsvertrages eine ernste Bedrohung der britischen Handelsinteressen bedeute. Macdonalds Telegramm werfe ein gewisses Licht auf die verklärte Andeutung, die er in seiner Schlussrede auf der Londoner Konferenz machte. Er habe dort gesagt, es werde seitens gewisser internationaler Kombinationen der Versuch gemacht werden, unter Anwendung der Waffe des politischen Drucks die allgemeinen Interessen ihren eigenen Interessen unterzuordnen. Die Verteidigung der nationalen Interessen und der nationalen Wohlfahrt gegen denartige Mächte müsse von den demokratischen Regierungen sehr sorgfältig erwogen und mit Energie durchgeführt werden. — Diese Erklärung Macdonalds, sagt der Korrespondent, steht in engstem Zusammenhang mit Snowden's später erfolgter Erklärung über eine mögliche Schädigung der englischen Textil- und Eisenindustrie durch einen französisch-deutschen Handelsvertrag.

Anschließend an das Telegramm Macdonalds schreibt „Daily Express“ in seinem Leitartikel: Es ist seit langem bekannt, daß eine mächtige Gruppe von französischen Industriellen den Plan betreibt, in Deutschland sich kommerzielle Vorteile zum Nachteil anderer Länder, vor allem Großbritanniens, zu verschaffen. Zu diesem Zweck hat sie beschloffen, das Versprechen der früheren Räumung des Ruhrgebietes zu benutzen, um Handelskongressen von Deutschland herauszuholen. Die Ziele der Gruppe sind nationalitätslos und selbstständig. Sie hat gemittelt, daß die Bedingungen dieses Vertrages Großbritannien gegenüber geheimgehalten werden sollen. Hierin liegt ein aufregendes Anzeichen für eine Bedrohung der britischen Interessen. Herrriot hat, indem er sich einverstanden erklärte, Macdonald die Bedingungen vor Unterzeichnung des Vertrages mitzuteilen, mutig gehandelt. Hierdurch sind die Bestrebungen der Industriemagnaten über den Kaufen geworfen und bewiesen worden, daß Herrriot ein treuer Freund der Entente ist.

Die französischen Schulden an Amerika

WTB. London, 22. Aug. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Auf die dort entweichenden Andeutungen, daß Frankreich auf die Herabsetzung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten hoffe, sei von Coolidge erwidert worden, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, daß Frankreich Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten betr. Regultierung der französischen Schuld in ihrer Gesamtheit von

neuem aufnehme. Korrespondenten, die sich während des Erholungsurlaubes Coolidges in Plymouth in seiner Nähe aufhielten, berichten, daß der Präsident noch immer die Ansicht vertritt, daß die Stimmung in Amerika nicht für den Gedanken der Annullierung der Schulden sei, auch jetzt nicht, da Frankreich seine Ansprüche gegenüber Deutschland herabgesetzt habe.

Die Militärgerichte im Rheinland

WTB. London, 22. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, es werde demnächst in London möglicherweise eine Konferenz von juristischen Sachverständigen der Besetzungsmächte zusammenkommen, um über die Vereinfachung der alliierten Militärgerichte im Rheinland zu beraten, sowie eine solche möglich sei. Wobei sei bei jeder der Besetzungsmächte nach deren besonderem Militärrecht gesprochen worden, was die größten Ungleichheiten zur Folge gehabt hätte. Ein ähnliches Mißverhältnis des Verfahrens bestehe bezüglich des Auftretens der alliierten Militärpolizei in den drei Besetzungszonen.

Politische Neuigkeiten

Das neue Reichswahlgesetz

Die Novelle zum Reichswahlgesetz ist wie schon kurz gemeldet vom Reichsrat verabschiedet worden. Die wesentlichsten Bestimmungen der Regierungsvorlage sind folgende:

Die Abgeordnetenziffer wird auf 399 festgelegt. Auf je 75 000 Stimmen (bisher 60 000) soll ein Abgeordneter entfallen. Auf alle Fälle wird sichergestellt, daß 399 Abgeordnete gewählt werden. Wird die Zahl nicht erreicht, so findet eine Ergänzung aus den Kreiswahlvorschlügen statt. Wird die Ziffer 399 überschritten, so findet ein Abbruch der Reichswahlliste statt. Die bisherigen Kreiswahlverbände sind beizubehalten, werden aber in eine größere Zahl von Wahlkreisen zerlegt. Ein Kreis umfaßt im allgemeinen nur 350 000 Einwohner, und die Wahlvorschlüge für einen kleinen Kreis enthalten nur einen oder höchstens zwei Bewerber, wodurch der Grundsatz der Persönlichkeitswahl im Gegensatz zur Listenwahl wieder zur Anerkennung kommt. Die halb eines Kreiswahlverbandes sind nach wie vor zulässig und Verbindungen von Kreiswahlvorschlügen einer Partei innerwerden nach der Vorlage noch erweitert.

Das Reichsgebiet zerfällt in 156 Wahlkreise. Ostpreußen bildet 6 Wahlkreise, Berlin 10, Provinz Brandenburg 7, Pommern 5, Schlesien 8, Oberpfälzen 3, Provinz Sachsen 8, Schleswig-Holstein 4, Hannover 9, Westfalen 12, Hessen-Kassel 6, Rheinland 18, Bayern wird in 18 Wahlkreise, Sachsen in 12, Württemberg in 7, Baden in 6, Thüringen in 4, Hessen in 4, Hamburg in 5, Mecklenburg-Schwern mit Lübeck und Mecklenburg-Strelitz zusammen in 2 Wahlkreise geteilt. Die Länder Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und Bremen bilden je einen Wahlkreis. 156 Wahlkreise werden zu 16 Kreiswahlverbänden zusammengefaßt, die mit den bisherigen Kreiswahlverbänden übereinstimmen.

In Übereinstimmung mit der Reichsregierung haben die Ausschüsse des Reichsrates mehrere Änderungen vorgenommen. Die Einrichtung des bisherigen Kreiswahlleiters wurde beseitigt. Neben der automatisch eintretenden Verbindung von Wahlvorschlügen mit einem gleichen Kennwort der Partei sollen auch andere Verbindungen kraft besonderer Erklärung möglich sein. In gewissen Fällen sind auch zur Wahrung landsmannschaftlicher Gemeinschaft Verbindungen sogenannter „Ländergruppen“ zugelassen. Hinsichtlich der Kostenfrage war keine Einigung mit der Reichsregierung zu erzielen. Während die Reichsregierung die bisherige Kostenerhaltungspflicht, die den Ländern und Gemeinden zugute kam, beibehalten wollte, hat die Mehrheit der Ausschüsse das bisherige Verfahren beibehalten, insbesondere auch auf dem Grunde, weil gewisse finanziell notleidende Gemeinden gleich bei Vorbereitung der Wahlen unangebrachte Sparmaßnahmen üben und nicht die genügende Sorgfalt anwenden würden, was zu unliebsamen Störungen führen könnte.

Für die Preussische Regierung erklärte Staatssekretär Meißner, daß diese im Prinzip an der Veränderlichkeit der Abgeordnetenzahl nach Aufgabe der Wahlberechtigung festhalte; sie sei jedoch in den Ausschüssen überstimmt worden und werde einen Antrag im Sinne ihrer Anschauungen nicht wiederholen. Dagegen beantragte Staatssekretär Meißner namens der Preussischen Regierung, daß, falls die Zahl der Abgeordneten von 399 bei schwacher Wahlteilnahme nicht erreicht werde, auch in diesem Fall zur Ergänzung auf die Reichswahlliste zurückzugreifen sei. Der Antrag Kreukens wurde mit 37 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit der Preussischen Provinzialvertreter stimmte gegen den Antrag; ebenso stimmten dagegen die Staaten: Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwern, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe und Lübeck. Der Gesetzentwurf wurde nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen.

Die Tagung der interparlamentarischen Union

wurde gestern vormittag im Sitzungssaal des schweizerischen Nationalrates in Bern durch den Präsidenten des interparlamentarischen Rates, Baron Uebelacker-Schweizer eröffnet. Auf dessen Antrag wurde das Mitglied des schweizerischen Nationalrates, Dr. Meuron, zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Nach einer Begrüßungsansprache des letzteren, in der dieser der Opfer des Krieges, der verstorbenen Mitglieder der interparlamentarischen Union gedachte, hielt Bundesrat Motta namens der schweizerischen Regierung, die außerdem noch durch Bundesrat Heub vertreten war, eine längere, mit starkem Beifall aufgenommene Rede, in der er die interparlamentarische Union als Bahnbrecherin und Vorläuferin des Völkerbundes feierte, den zuständigen internationalen Gerichtshof als bedeutendste bisherige Verwirklichung des Völkerbündnisgedankens bezeichnete und eindringlich dafür eintrat, daß sich die Großmächte zu der obligatorischen Gerichtsbarkeit dieser Schiedsinstanz bekennen müßten. An der Tagung der Konferenz nahmen bisher 200 Parlamentarier aus 25 Ländern teil. Eine große Anzahl der angemeldeten deutschen und französischen Mitglieder ist infolge der Reichstags- bzw. Kammerferien noch nicht eingetroffen.

Gärung in der griechischen Flotte

Neuter meldet aus Athen: Kapitän Kiliakis, von Kriegsschiff „Aeroff“, der in Abwesenheit zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde und dem die Regierung droht, ihn als außerhalb der Gesetz stehend und als des Hochverrats schuldig zu behandeln, weigert sich, das Kriegsschiff zu verlassen und dem Befehl, sich im Kriegsministerium einzufinden zu gehorchen, bevor nicht die Frage der Wiederbestellung der entlassenen Offiziere geregelt sei. Wie gemeldet wird, nimmt die Zahl der Anhänger Kiliakis' ständig zu.

Infolge des bis zum Vorigen Telegramms des Kapitän Kiliakis an die Regierung, erhielt die gesamte Flotte den Befehl, sich heute früh zum Marinarsenal zu begeben, um dort abgemustert zu werden. Die Befehle der Schiffe werden unbegrenzt erhalten. Wenn Kiliakis sich dem Befehl der Regierung nicht fügt, werden sehr strenge Maßnahmen gegen ihn ergriffen werden.

Kurze Nachrichten

Der Präsident von Mexiko Calles ist in Berlin eingetroffen. Freitag nachmittag stattete er dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. — Abends fand beim Reichspräsidenten ein Essen statt. Während der Tafel sprachen der Reichspräsident und Präsident Calles.

Die Reichsinduzierung für die Lebenshaltungskosten (Erziehung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) ist gegenüber der Vorwoche unverändert.

Witum und Scherfkommission. Wie die Essener „Deutsche Arbeiterzeitung“ erfährt, hatte die Witum die Scherfkommission zu einer Besprechung auf den 22. August eingeladen. Die Scherfkommission hat um Verlegung des Termins gebeten, da sie von der deutschen Regierung noch nicht darüber unterrichtet werden konnte, wie sich die Frage der Reparationsleistungen nach dem Ergebnis der Londoner Verhandlungen zu gestalten hat.

Sindenburg hat sich zur 10jährigen Gedächtnisfeier der Schlacht bei Annenberg über Danzig-Joppot nach Ostpreußen begeben. In Königsberg wurde er von einer großen Menschenmenge begrüßt.

Schiedsgericht im Buchdruckgewerbe. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Für das deutsche Buchdruckgewerbe hat in der Nacht zum 23. August der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schiedsgerichtsausschuss einen Schiedspruch dahin gefällt, daß der bisherige Lohn bis zum 3. Oktober unverändert fortbesteht. Für das besetzte Gebiet von Rheinland und Westfalen ist der Abbau der Sonderzulage vom 20. September ab stufenweise festgesetzt worden.

Der Streik im englischen Baugewerbe ist nach siebenwöchiger Dauer beigelegt worden. Die von einem Ausschuss von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgestellten Bedingungen sind vom Kongressauschuss der 14 Arbeitnehmerverbände angenommen worden. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Die Kruken in Afghanistan. „Daily Telegraph“ meldet aus Allahabad, daß der von fanatischen Priestern geleitete Aufstand in Sindh Afghanistan sich ausbreitet. Die Verluste der Aufständischen und der Regierungstruppen sollen schwer sein.

Badischer Teil

60 Jahre des Roten Kreuzes

In diesen Tagen (22. August) feiern — wie uns das Bad. Rote Kreuz schreibt — die Vereine vom Roten Kreuz die Erinnerung an ihr 60jähriges Bestehen und an die Gründung der größten und segensreichsten Organisation im Bereich der Nächstenliebe.

Der Ausgangspunkt dieser ganzen Bewegung freiwilliger Hilfsvereine ist Knappst sich an die Schlacht von Solferino in Oberitalien im Jahre 1859. Ein junger Schweizer, Gené Dänant, war damals unter den Helfenden auf dem Schlachtfeld und unter den erschütternden Eindrücken erlitt er, schmerzhaft bewegt, die Anzulänglichlichkeit der vorhandenen Hilfsmittel zur Rettung und Pflege der Verwundeten und Kranken und schloß sich der Idee an, die Bedürfnisse und Einbrüche in einem kleinen Büchlein: „Erinnerungen an Solferino“.

Ein solches Wort zur rechten Zeit aus warmer Überzeugung gesprochen hat gar oft eine weittragende Wirkung. Wohlgebende Persönlichkeiten, Feldherren, Ärzte, Geistliche wurden darauf aufmerksam und der Erfolg war die Genfer Konvention am 22. August 1864, die von zunächst 16 Staaten zur Verbesserung der Pflege von Verwundeten und kranken Kriegern abgeschlossen wurde und wobei bestimmte Bestimmungen aufgestellt und festgelegt wurden, die uns jetzt so einfach und selbstverständlich erscheinen, daß sich kaum begreifen läßt, wie sie als etwas ganz Neues angesehen werden konnten. Betont wurde vor allem, die Mittel, Wege und Einrichtungen zur Hilfe und Pflege mühten schon im Frieden vorbereitet und organisiert werden, und dem Aufseher der waffentragenden Männer sollte sofort ein Aufgebot des ganzen Volkes zu Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe an die Seite gestellt werden. Als sichtbares Zeichen dieses Friedensheeres wurde das rote Kreuz im weißen Feld gewählt, das seitdem das Symbol wahrer Menschenliebe geblieben ist.

Was unter diesem Zeichen im letzten Weltkrieg in selbstloser Liebe und Aufopferung geleistet worden ist, steht noch lebendig in unfer aller Erinnerung und braucht deshalb nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die Tätigkeit des Roten Kreuzes erstreckt sich aber auch auf die Beseitigung aller anderen Notstände im Volksein; es hat sich die Aufgabe gestellt, jede Art von Not und Elend zu lindern oder womöglich zu beseitigen.

In den langen Friedensjahren nach dem 70iger Krieg hat das rote Kreuz durch seine Organe, die Männerhilfs- und Frauenvereine, der Hebung der Volkswohlthat eifrig sich gewidmet, durch Krankenpflege und Wohltätigkeit, durch Kinder- und Säuglingsfürsorge, sowie durch Schaffung von Anstalten und Heime zur Aufnahme von Hilfsbedürftigen aller Art oder zur Verhütung von ansteckenden und verheerenden Volkskrankheiten.

Immer neue Aufgaben und Ziele sind ins Auge gefaßt und wirksam verfolgt worden, und als nach dem letzten großen Krieg neue Notstände sich zeigten, sind auch zu ihrer Beseitigung und Hebung wiederum zahlreiche Kräfte zur Verfügung gestellt worden.

Es seien hier nur erwähnt: die Flüchtlingsfürsorge, die Kräftigung der Jugend durch Ferienheime, Landaufenthalte, Kräftige Kost; die Mittelstandsfürsorge, die Winternothilfe, die Vermittlung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten an alleinstehende, bedürftige Frauen und ähnliche Beispielen. Obgleich durch den Krieg entstanden und zunächst für den Kriegszustand gegründet, ist das rote Kreuz auch für die Friedensarbeit zu einem Bund aller Hilfsbereiten Kräfte geworden und umfaßt Männer- und Frauen ohne Unterschied des Standes, des religiösen Bekenntnisses und der politischen Gesinnung, und zu gemeinsamem tatkräftigem Handeln, wo immer eine Not sich zeigt, sei es auf gesundheitlichem, wirtschaftlichem oder sittlichem Gebiet.

Es muß deshalb Ehrensache des deutschen Volkes sein, dem roten Kreuz anzugehören und sein Wirken zu unterstützen, so es durch Gaben oder persönliche Mitarbeit. Möchte ihm der Hinblick auf eine 60jährige reich gezeichnete Tätigkeit neue Freunde und Gönner gewinnen helfen!

Zur evangelischen Landeskirchensteuer

ep. Dann und wann erscheinen — wie der evang.-kirchl. Pressebrief schreibt — in den Zeitungen kleine Artikel über die Landeskirchensteuer, die in ihrer Kürze treffend über die Aufgabe ist, daß die evang. Landeskirchen — übrigens genau wie die katholische Kirche — in diesem Jahre in einer kritischen Finanzlage ist und, wie man sagt, von der Hand in den Mund leben muß. Glücklicherweise gibt es viele Kir-

chungen, die für die Schwere dieser Finanzlage Verständnis haben und der Landeskirche durch gewissenhafte Entziehung der Steuer beistimmen. Daneben gibt es freilich auch Kirchengemeinden und Kirchengenossen, die nicht genügend unterrichtet sind über die Bedürfnisse der Landeskirche; vom Landeslandesausschuß ist der Vorschlag, der unter sparsamster Berechnung der Ausgaben aufgestellt ist, in allen Kosten durchgeprüft und darnach genehmigt worden. Bedauerlicherweise mußte die Kirchensteuer auf einer veralteten Grundlage (Steuerlisten vom Jahre 1922) aufgebaut werden. Die Gehälter der Geistlichen sind um 20 Prozent gekürzt worden. Hinsichtlich der Zahlung der Steuer wird von den Erhebungsstellen größtes Entgegenkommen den Steuerpflichtigen gezeigt. Bei genügender Kenntnis der Sachlage und namentlich bei Ermägung der Tatsache, daß nun einmal die Kirchen auf eigenen Füßen stehen müssen, wird die vielfach umgehende Kritik verstanden und die Willigkeit überall vorhanden sein, der Kirche die Mittel zu beschaffen, die sie zur Erfüllung ihrer hohen und heiligen Aufgabe bedarf.

Die Freie Vereinigung für Polizeizweck

hat die Zeitschrift „Die Polizei“ (Zeitschrift für das gesamte Polizei- und Kriminalwesen mit Einschluß der Landjägerei) zu ihrem Organ gewählt. Mitteilungen an die Mitglieder werden deshalb in erster Linie in der Zeitschrift „Die Polizei“ erscheinen.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten

hat in diesem Jahre es fertig gebracht, durch Vermittlung seiner ländlichen Ortsgruppen eine Anzahl Kinder aus den Städten während der Sommerferien auf dem Lande unterzubringen. Die Unterbringung erfolgt bei menschenfreundlichen Leuten unentgeltlich. Die guten Erfahrungen und insbesondere die Dankbarkeit der Hinterbliebenen und Waisen werden den Reichsbund veranlassen, auch im nächsten Jahre eine ähnliche Erholungsmaßnahme durchzuführen und es ist zu hoffen, daß sich noch weitere Kreise an der Aufnahme erholungsbedürftiger Kriegskinder beteiligen.

Aus der Landeshauptstadt

Verkehrsregeln. Das Bezirksamt sah sich veranlaßt, folgende ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen: Einseitige Fahrräder dürfen nur von einer Person benutzt werden. Von dem Verbot ist ausgenommen die Mitnahme von Kindern bis zu 6 Jahren, wenn für diese Säge vor der Lenkstange, auf dem Rahmenbau oder über dem Hinterrad angebracht sind. Das Mitführen von Fahrrädern auf dem Gehwegen ist verboten.

Das Karlsruhe Schöffengericht verhandelte vorgestern drei Anklagen wegen Sittlichkeitsverbrechen. Die Fälle sind um so unbegreiflicher, als es sich um bisher völlig unbescholtene Personen handelt. Bekanntschaft war ein 63jähriger Mann, der sozusagen das Opfer eines bereits verstorbenen 10jährigen Mädchens wurde. Unter Jubilation mildernder Umstände wurde gegen alle Angeklagten auf eine mehrmonatige Gefängnisstrafe erkannt.

Die Wiener Philharmoniker, bekanntlich das beste Orchester der Welt, befinden sich zurzeit auf einer Gastspielreise durch England. Auf der Rückreise nach Wien, wo am 1. September d. J. der Dienst in der Staatsoper wieder beginnt, wird Karlsruhe diesen unvergleichlichen Orchesterkörper als Gast aufnehmen. Am Donnerstag den 28. August ist der Tag, an welchem das Karlsruhe Konzert im Festhallsaal stattfinden soll. Die Konzertdirektion Kurt Neufeld, der das Zustandekommen dieses festlichen Sinfoniekonzertes zu danken ist, ist sich des großen Wahnsinns, das besonders die Jahreszeit mit sich bringt, wohl bewußt; die Firma konnte aber die, vielleicht die wiederkehrende Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, um dieses einzig dastehende Orchester und seinen für die Tournee gewonnenen, berühmten Dirigenten, Generalmusikdirektor Bruno Walter, erstmals nach Karlsruhe zu bringen. Um auch den Nachbarn Baden-Baden, Pforzheim und Wasgau die Kartenbelegung zu erleichtern, wurden in diesen Städten Vorverkaufsstellen eingerichtet. In Karlsruhe hat der Verkauf bereits begonnen und zwar Waldstraße 39, 2. Stock.

Badisches Landestheater. In dieser Nummer gibt das Landesstheater im Hinblick auf den heranannahenden Wiederbeginn der Vorstellungen eine Einladung zum Abonnement und einen Hinweis auf die Vorzugsartenpreise, die zwei Einrichtungen bekannt, die eine Verbilligung des Besuches um 25 bis 30 Prozent gegenüber den Tages Eintrittspreisen sichern. Die diesjährige Spielzeit beginnt am Sonntag, den 31. August mit einer Aufführung von Mozarts „Zauberflöte“. Am Sonntag, den 7. September folgt die Uraufführung von Gändels „Amerlan“. Für die erste Hälfte in der Spielzeit sind an Neubeitern in der Oper vorgesehen Ermanno Wolf-Ferraris vieraktige komische Oper „Die neugierigen Frauen“, Hans Pfitzners romantische Oper „Die Rose von Biesbaden“, und Richard Strauß neue Oper „Intermezzo“. Später folgt Braunfels „Don Gil von den grünen Hosen“. An Neuerscheinungen sind für diese Zeit in Aussicht genommen Richard Wagner „Ring des Nibelungen“, Mozarts „Entführung aus dem Serail“, Coumods „Margarete“, Vorhings „Die beiden Schützen“, Mailarts „Blöden des Eremiten“, die drei Einakter „Bastien und Bastienne“, „La serba Patrona“ und „Abu Hassan“, Berlioz „Benvenuto Cellini“, Cippes „Baccaccio“ sowie anlässlich des 100. Geburtstag von Peter Cornelius dessen Meisterwerk „Der Barbier von Bagdad“ in der Originalfassung. Aber die Pläne des Schauspielers folgt weitere Mitteilungen.

Städt. Konzerthaus. Heute Samstag gelangt die Operette „Cobelt tanzt Walzer“ zur Aufführung, ebenso morgen Sonntag abends 7.30 Uhr. Montag und Dienstag finden die letzten Wiederholungen der Operette „Cobelt tanzt Walzer“ statt, während am Mittwoch die Erstaufführung der Operette „Der Gaullerkönig“ von Jean Gilbert stattfindet. Die Handlung des Stückes, das Argentin und Argentinianer spielt, hat eine köstliche Komik zum Gegenstand: Ein Schauspieler einer eben vertriebenen Schmiertruppe, der dem König verblüffend ähnlich sieht, spielt die Rolle des Königs vor einer dem König als Braut ausersehenen Fürstentochter, die der Adjutant des Königs liebt, der das Spiel angezettelt hat. Das Buch von Kresber, Stein und Zerlett sprüht von Geist und übermäßigem Witz. Da die Spielzeit am Sonntag, den 31. August schließt, finden nur noch einige Operettenaufführungen statt.

„Cobelt tanzt Walzer“. Operette von Julius Brammer und Alfred Grünwald. Musik von Leo Ascher. Im Gegensatz zu früheren mehr oder weniger gepfefferten Darbietungen ist diese Operette ein einfaches, rührendes — man kann auch sagen rührendes — Stimmungsbild aus dem vormärklichen Wien. Viel viel Walzer — sogar der Vater Hammer mußte sich persönlich bemühen — und viel Wiener „Gammer“. Eine Prinzessin, die gelegentlich eines Ausfluges sich unter das Volk mischt und ihr Schicksalsziel — einmal Walzer zu tanzen, erfüllt sich, steht im Mittelpunkt des Stückes. Sie

kann einiges Gute stiften und nimmt die Erinnerung an diese Begebenheiten unter den üblichen das Schicksal anfliegenden gut sangbaren Sausern mit in ihre Ehe. Zu dem harmlos heiteren Volk bilden die äußerst würdevollen Figuren der Hoffräulein den nötigen beifallfordernden Gegensatz. Die Musik ist sehr ansprechend. Die Prinzessin wurde von einem Gast, Hildegard Krauß-Gallin, dargestellt, dem die erforderlichen stimmlichen und darstellerischen Vorbedingungen nicht fehlen. Anny Kunze gab die muntere Witwe Lisi mit bestem Erfolg. Auch die kleine Mangel als Piffolo fiel sehr. Die äußerst dankbare Rolle des Peper lag in den Händen Fritz Geigers. Er fand sich gut damit ab, weingleich ihm etwas mehr Temperament sehr von Nutzen gewesen wäre. Georg Patriot als junger Birt fand viel Beifall. Die Rolle des Vaters wurde von Walter Strasser sehr annehmbar verwirklicht ebenso wie die der Hofbeamten Mia Prinz, Billy Wolf und besonders zu nennen — Josef Stebmann). Der Ehrenmann Klunderer mit dem leistungsfähigen Spitzhauch (M. Gerhards) rief viel Beifall hervor. Die hübschen Tänze der beiden prinziplichen Geschwister mußten wiederholt werden. Gut gelungen ist auch die szenische Aufmachung von Direktor Steffter. Die echte Hofkultur mit zwei richtigen und wahrhaftigen Gauen fand gebührende Beachtung. Wie immer leitete Kapellmeister Eugen Miel den musikalischen Teil mit Sicherheit und Geschmack. on.

Handel und Wirtschaft

Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stande vom 21. August
Geldmarkt: Das Ende der Londoner Konferenz befestigte die Hoffnungen auf eine politische Entspannung und die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit. Man rechnet damit, daß in Kürze die Finanzmittel des Weltmarktes sich für Deutschland erschließen werden. Zu all zu großen Optimismus ist allerdings um deswillen kein Anlaß vorhanden, da in Kürze die Reparationsleistungen sich schwer fühlbar machen werden. Auch besteht immer noch die Gefahr, daß Frankreich bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen eine schnellere Räumung der Ruhr von weiteren erschwerenden wirtschaftlichen Zugeständnissen abhängig machen werde. Die Unterbringung der deutschen Anleihe ist ebenfalls noch nicht festgestellt und wird, wenn zwar nicht in Amerika, so doch in England nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gehen. Unter diesem Eindruck ist am Geldmarkt nur ein leichtes Anziehen bemerkbar. Die Reichsbank beginnt nur schwach mit der Lockerung der Kreditfesseln. Die Geldsätze sind unverändert. Kurzfristiges Bankgeld ist kaum unterzubringen, während die Nachfrage nach langfristigen Krediten unbefriedigt bleibt.

Börse: Die Börse beurteilt den Ausgang der Londoner Konferenz zwar überaus vorsichtig, behält sich aber infolge der zu erwartenden innerpolitischen Kämpfe abwartend. Infolge dieses Zustandes der Ungewißheit schwante die Börsenstimmung mehrfach. Nachdem die Kurse der festverzinslichen Anleihen in der letzten Berichtswochen sich wieder abgeschwächt hatten, brachte die Veröffentlichung eines Zentrums-Antrags in der Aufwertungsfrage auf dem Anleihemarkt einen neuen Anreiz. Kriegaanleihe stieg auf 770 Milliarden für 100 M. Nennwert. Auf dem Aktienmarkt setzte ein kleiner Rückschlag ein, der seinen Grund in den Meldungen über die Lommesplanlasten der Industrie auf Grund des Dawesplanes hatte. Die Stimmung blieb nach wie vor abgeschwächt.

Produktenmarkt: Auf dem Produktenmarkt ist eine langsame Aufwärtsbewegung festzustellen. Sie ist eine Folge höherer Auslandspreise sowie vermehrter Kreditverfügbarkeit der Landwirtschaft, worauf die Landwirte mit dem Ernteverkauf zurückhalten können und nicht mehr zu raschen Verkäufen gezwungen sind. Heu blieb mit 5 1/2 unverändert, während Strohschmalz notierten Weizen 210 (+ 14), Roggen 155 (+ 9), Sommergerste 216 (+ 11), Futtergerste 167, Hafer 170 (+ 1), und Mehl 30 1/2 (+ 1/2) Markt pro Doppelzentner.

Warenmarkt: Die neuen Güteauktionen ergaben wiederum Preissteigerungen, in Spezialgattungen sogar bis zu 30 Prozent, die zum Teil ihren Grund in der Aufwärtsbewegung der Weltmarktpreise haben. Die Hoffnungen auf eine Aufhebung der Einfuhrzölle für Rohhäute haben sie allerdings nicht verwirklicht. Das Ledergeschäft hat großen Umsatz zu erhöhten Preisen. Die Kohlenpreise sind gleich geblieben. Die etwas gesunkenen Materialpreise für Eisen hatten aber keine Ermäßigung der Eisenprodukte zur Folge, da sich die Ersparnisse bei den meisten Artikeln nicht in dem Maße auswirkten, um die steigenden Löhnen wie Zinsen und Steuern auszugleichen. Die Glaspreise sind teilweise bis zu 18 Prozent ermäßigt worden. Die immer noch hohen Preise für Textilwaren gaben Anlaß zu einer Unterdrückung der Leistungslosten, die zu dem Ergebnis führte, daß die Preise als angemessen erachtet wurden. Die Lebensmittelpreise haben sich gehalten. Nur bei Zucker ist infolge der Einfuhrfreigabe eine rückläufige Preisbewegung festzustellen.

Viehmarkt: Auf den Viehmärkten hat die Zufuhr besonders bei Rindvieh stark zugenommen. Die Preise blieben aber größtenteils unverändert. Die Lendenfleischpreise erfuhren allgemein eine Erhöhung.

Holzmarkt: Die Preisverhältnisse auf dem Holzmarkt sind sehr zerfahren. Die Sägewerksindustrie liegt sehr darnieder, da sie infolge zu teurer Einkaufspreise im letzten Herbst und diesem Frühjahr (teilweise sogar bis zu 180 Prozent der Landesgrundpreise) ihre Waren bei den jetzigen zurückgegangenen Holzpreisen nur mit großen Verlusten absetzen können.

Stand der Geschäftsaufsichten. Der Zentralverband des Deutschen Großhandels e. V., Berlin W. 8., Wundepfer Str. 21, der seine 5. Liste der unter Geschäftsaufsicht stehenden Firmen herausgegeben hat, teilt uns aus dieser mit, daß die Zahl der bisher unter Geschäftsaufsicht Gestellten heute 2870 beträgt, von denen bis jetzt 579 wieder aufgehoben worden sind. Die Zunahme sowohl wie auch die Abnahme der Geschäftsaufsichten war innerhalb der letzten 2 Wochen wesentlich geringer als in der gleichlangen Vorperiode.

Verschiedenes

Die Amerikanischen Weltflieger

Neuter meldet aus Halifax, die amerikanischen Weltflieger Smith und Nelson seien aus Island in Grönland angekommen.

Ein deutsches Observatorium in der Schweiz

Die Gemeindeverwaltung von St. Moritz stellte dem Leiter der Tropenwerk Sternwarte, Dr. Archenhold, auf dem Berg Rax ein Gelände zum Bau eines Observatoriums kostenlos zur Verfügung, welches Dr. Archenhold selbst ausbaute. Dr. Archenhold erwog schon lange Zeit den Plan, dort ein Höhenobservatorium zu errichten, doch ist ihm dies erst möglich, wenn sich Interessenten finden, die die Mittel dazu beisteuern.

Badisches Landestheater, Karlsruhe

Einrichtungen zum verbilligten Besuch je 25-30 v. H.
Ermäßigung gegenüber den Tageseintrittspreisen.

I. Jahresabonnement.

Zu 24 Vorstellungen (halb Schauspiel, halb Oper) im Spieljahr. Die auf den Abonnenten entfallenden Vorstellungen werden allwöchentlich mit dem Spielplan in den Tageszeitungen bekanntgegeben.

Besondere Vorzüge des Abonnements:
Fester Platz. Kein Zeitverlust für Beschaffung der jeweiligen Eintrittskarte und kein Risiko, bei

begehrten Vorstellungen keinen Platz mehr zu erhalten. **Freie Wahl der Platzgattung.** Engste Verbindung mit dem Spielbetrieb, dessen bedeutendste Erscheinungen dem Abonnenten im Verlauf des Jahres geboten werden. Das Abonnement ist zahlbar in 6 Raten zu je 4 Vorstellungen; größere Vorauszahlungen bleiben freigestellt.

II. Vorzugskartenhefte.

Zu 6 Karten (halb Schauspiel, halb Oper) mit viermonatiger (statt bisher dreimonatiger) Gültigkeitsdauer vom Ausgabebetrag an. Während der Theaterferien läuft die Verfallsfrist nicht.

Besondere Vorzüge der Vorzugskartenhefte:
Freie Wahl der zu besuchenden Vorstellungen.

Gute Auswahl des Platzes bei frühzeitigem Gang zur Kasse (zum erforderlichen Eintausch der Eintrittskarte gegen einen Abschnitt des Vorzugskartenheftes). **Keine Bindung an die Person des Käufers.** Die Vorzugskartenhefte gestatten daher insbesondere die gemeinschaftliche Benützung durch Verwandte und Bekannte.

Derzeitige Preise für eine Vorstellung.

	Abonnement	Vorzugsk.
I. Rang-Loge, Balkon und Sperrsitze I. Abt.	4.40	4.40 M.
II. Rang	3.80	3.80 "
III. Rang	3.30	3.30 "
IV. Rang	2.20	2.20 "
	1.00	1.00 "

Der Abonnementsbetrag für das 1. Sechstel
Erste Vorstellung der neuen Spielzeit: Sonntag, den 31. August, Abonn. A 1, „Die Zauberflöte“.

kann vom 25. bis einschließlich 27. August während der üblichen Kassenstunden an der Theaterkasse (Vorverkauf) vorm. 9^{1/2} bis 1 Uhr und nachm. 3^{1/2} bis 5 Uhr bezahlt werden. Haus-einzug vom 26. August an. Gebühr 20 Pfg.

Abonnementspreise für die 4 Vorstellungen des 1. Sechstels (einschließlich Theaterzettels):
I. Rang und Sperrsitze I. Abt. 17.90 M.
Sperrsitze II. Abt. und Parterreloge 15.50 M.
II. Rang 13.50, III. Rang 9.10 M.

Neuanmeldungen zum Abonnement an der Vorverkaufsstelle des Landestheaters.

Vorverkaufsstellen in der Stadt: Durchgehender Verkauf von 9 bis 5 Uhr in der Musikalienhandlung **Fr. Doertl**, Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstr., Fernspr. 638 u. Zigarettenhandlung **Brunner**, Kaiserallee 29, Fernspr. 4351. Weitere Verkaufsstellen: **Kaufmann Karl Holzschuh**, Werderstr. 48, Fernspr. 503; **Geb. Knauf**, Papierhandlung, Kaiserstr. 63, Fernspr. 1255. Schecks werden bei Entrichtung größerer Beträge (Kauf von Vorzugskarten) angenommen. Kleiderablage: Gebühr 20 Pfg. Plätze des veränderten Zuschauerraums an der Kasse zu 10 Pfg.

Karlsruher Herbstwoche



September
Oktober
1924

September
Oktober
1924

Sonderwoche des Bad. Landestheaters
Große Chor- u. Orchesterkonzerte / Kammermusikabende / Freilichtaufführungen in Durlach u. Ettlingen / Kunst-, Industrie-, Architektur- u. gewerbliche Ausstellungen: Badisches Landesmuseum / Badische Kunsthalle / Badischer Kunstverein / Karlsruher Gemäldegalerien / Badisches Landesgewerbeamt / Städtische Ausstellungshalle / Ausstellung der gesamten Hans-Thoma-Graphik in der Orangerie / Landwirtschaftliche Ausstellungen hier und in Durlach / Techn. Woche / Wissenschaftl. Vorträge mit Exkursionen / Alemannisch-pfälzisch-fränkischer Sonntag / Heimatl. Festzug Sport und Turnen (Jugend-Turn- und Sportsonntag mit Festzug) / Schauspielerwettbewerb / Pferderennen / Märkte
Auskunft und Programm buch Verehrerverein Karlsruhe, Rathaus

Große Festhalle

Donnerstag, den 28. August, 8 Uhr
Symphonie-Konzert der

Wiener Philharmoniker

(90 Künstler) unter Leitung von Generalmusikdirektor
Bruno Walter

Beethoven: Eroika
Weber: Freischütz-Ouvertüre
Mozart: D-Dur Symphonie
Richard Strauß: Till Eulenspiegel
R. Wagner: Tannhäuser-Ouvertüre

Karten zu Mark 9.-, 8.-, 6.-, 4.- und 3.- (nur nummeriert)
Steuer extra bei

Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, II

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.
Direktion: Adalbert Steffter.
Heute, Samstag, abends 8 Uhr.
Hoheit tanzt Walzer
Morgen, Sonntag, abends 7^{1/2} Uhr.
Hoheit tanzt Walzer
Montag, 25. und Dienstag, 26. August, abends 8 Uhr.
Hoheit tanzt Walzer
Mittwoch, 27. August, abends 8 Uhr
Der Gauklerkönig

Karlsruher Rennverein
Sonntag, den 21. September, nachmittags 2^{1/2} Uhr
auf den Wiesen bei Klein-Rappurr
Rennen mit öffentlichem Totalisator
Nennungsschluss: 8. September, abends 6 Uhr
Nähere Auskunft erteilt das Sekretariat
Karlsruhe, Stefanienstraße 90 D.514

Gebäudesondersteuer
Die Veranlagung von Gemeinden und ganzer Wohnungsverbände übernimmt bestens orientierter Sachmann; auf Wunsch an Ort und Stelle. Offerten erbeten an die Expedition der Karlsruher Zeitung u. D.521

Auswanderungswesen betr.
Dem Kaufmann Wilhelm Thomas in Karlsruhe wird gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1897 über das Auswanderungswesen für seine Person die Erlaubnis erteilt, bei der Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern als Agent der Holländisch-Amerikanische Linie in Rotterdam durch Vorbereitung und Abschluss von Beförderungsverträgen gewerbsmäßig mitzuwirken.
Die Erlaubnis berechtigt zum Geschäftsbetrieb im Amtsbezirk Karlsruhe und ist jederzeit widerruflich.
Karlsruhe, den 20. August 1924. D.3. 104.
Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Maul- und Klauenfische betr.
Nachdem die Maul- und Klauenfische im Bestande des Mathias Weber in Daglanden, Federbachstr. 43, erloschen ist, werden sämtliche, mit unserer Bekanntmachung vom 18. Juli 1924 angeordneten Sperr- und Schutzmäßregeln hiermit mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
Karlsruhe, den 22. August 1924. D.3. 106.
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Markt 200000.—
sind an Kommunalverwaltungen kurzfristig zu vergeben. Offerten unter D. 516 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Paßbilder
für Reise und Bahnfahrten
schnell und billig
Photographisches Atelier
Rausch & Pester
Erbsprinzenstr. 3 D. 485

Bürgerl. Rechtspflege
a. **Streitige Gerichtsbarkeit.**
Z.376. Büchl. über das Vermögen der Firma Andreas Happersberger jr., Manufakturwaren in Wühlertal, Inhaber Andreas Happersberger jun. in Wühlertal, wurde heute am 21. August 1924, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungen eingestellt hat.
Rechtsagent Christ in Büchlertal wurde zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 11. September 1924 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beibehaltung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Samstag, 20. September 1924, vormittags 10 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten,

Verf. Befanntmachungen
Straßenbauarbeiten.
Wir vergeben nach den für Staatsbauten maßgebenden Bestimmungen und Bedingungen die Erd- und Straßentörperherstellungsarbeiten für den Wegneubau Mödensbach-Friedenweiler im öffentlichen Wettbewerb. Z.313.2.1
Erbemessung: 8000 cbm.
Gesüßherstellung: 1200 cbm.
Vergabungsunterlagen und Angebotsformulare liegen bei unterzeichneter Stelle auf.
Die Angebote sind postfrei und mit der Aufschrift „Wegbau Mödensbach-Friedenweiler“ bis spätestens 30. August d. J. vormittags 10 Uhr, bei uns einzulegen.
Zuschlagsfrist: 14 Tage.
Bonnendorf, 15. Aug. 1924.
Bad. Wasser- u. Straßenbauamt.

auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. September 1924 Anzeige zu machen.
Büchl, 21. August 1924.
Der Gerichtsschreiber des badischen Amtsgerichts.
Z.377. Philippsburg.
I. Auf Antrag des Kaufmanns Paul Eifer, des Inhabers der Dampfziegelei und des Kesselsch. Ed. Rothberger in Rheinsheim wird über das Vermögen der Fa. Rothberger gem. § 1, 2, 20 ff. der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 in der Fassung vom 14. Juni 1924 R.G.B. S. 641 die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses angeordnet.
II. Zur Aufsichtsperson wird bestellt Direktor Hepp, Karlsruhe.
Philippsburg, den 21. August 1924.
Gerichtsschreiber des badischen Amtsgerichts.

Verf. Befanntmachungen
Straßenbauarbeiten.
Wir vergeben nach den für Staatsbauten maßgebenden Bestimmungen und Bedingungen die Erd- und Straßentkörperherstellungsarbeiten für den Wegneubau Mödensbach-Friedenweiler im öffentlichen Wettbewerb. Z.313.2.1
Erbemessung: 8000 cbm.
Gesüßherstellung: 1200 cbm.
Vergabungsunterlagen und Angebotsformulare liegen bei unterzeichneter Stelle auf.
Die Angebote sind postfrei und mit der Aufschrift „Wegbau Mödensbach-Friedenweiler“ bis spätestens 30. August d. J. vormittags 10 Uhr, bei uns einzulegen.
Zuschlagsfrist: 14 Tage.
Bonnendorf, 15. Aug. 1924.
Bad. Wasser- u. Straßenbauamt.

Die Handwerkskammerwahlen 1924 betr.
Gemäß § 6 Abs. 4 der Wahlordnung für die Handwerkskammern und deren Gefellenausschüsse (Gef. u. R.G.B. 1913, Seite 103 ff.) bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß aufgrund der erfolgten Anmeldungen die nachstehenden gewerblichen Vereinigungen mit den beigefügten Mitgliederzahlen, sowie die an den entsprechenden Stellen erwähnten Gefellenausschüsse, bei den Wahlen zur Handwerkskammer Karlsruhe in den angegebenen Gruppen als wahlberechtigt anerkannt werden:
385

Gr.	Bezeichnung der wahlberechtigten Vereinigung	Befugt ein Gefellenaussch. zu sein (ja oder nein)	Zahl der Mitglieder mit welcher die Vereinigung wahlberechtigt ist	Bezeichnung der Gruppe in welcher die Vereinigung zu wählen hat
1.	Bäderinnung Karlsruhe-Stadt	ja	192	I
2.	Bauwerkinnung Karlsruhe	ja	53	I
3.	Drechslerinnung Karlsruhe	ja	48	I
4.	Safner- und Ofenheizerinnung Karlsruhe	nein	24	I
5.	Raminfeigerinnung Karlsruhe	nein	41	I
6.	Meßgerinnung Karlsruhe	ja	158	I
7.	Sattler- und Tapezierinnung Karlsruhe	ja	60	I
8.	Schlosserinnung Karlsruhe	nein	62	I
9.	Schneiderinnung Karlsruhe	nein	166	I
10.	Wagnerinnung Karlsruhe	nein	35	I
11.	Bäderinnung Durlach-Stadt	nein	63	I
12.	Bäderinnung Durlach-Land	nein	167	I
13.	Rüfer- und Küblerinnung Durlach	nein	19	I
14.	Meßgerinnung Durlach	nein	35	I
15.	Sattler- und Tapezierinnung Durlach	nein	14	I
16.	Schlosserinnung Durlach	nein	20	I
17.	Friseurinnung Durlach	ja	28	I
18.	Friseurzwangsinnung Karlsruhe	ja	152	I
19.	Blaserzwangsinnung Karlsruhe	ja	32	I
20.	Mechanikerzwangsinnung Karlsruhe	ja	98	I
21.	Schreinerzwangsinnung Karlsruhe	ja	122	I
22.	Photographenzwangsinnung Karlsruhe	ja	66	I
23.	Schuhmacherzwangsinnung Durlach	nein	94	I
24.	Mechanikerzwangsinnung Durlach	nein	21	I
25.	Malerzwangsinnung Durlach	nein	35	I
26.	Schuhmacherzwangsinnung Karlsruhe	ja	250	I
27.	Vereinigung Karlsruher Buchdruckerbesitzer	ja	85	II
28.	Vereinigung Karlsruher Dachdecker	nein	9	II
29.	Vereinigung Karlsruher Elektrofachmannen	nein	43	II
30.	Vereinigung Karlsruher Gipfermeister	nein	8	II
31.	Vereinigung Karlsruher Graveure u. Ziselreue	nein	10	II
32.	Vereinigung Karlsruher selbständ. Konditoren	ja	61	II
33.	Vereinigung Karlsruher Maler- u. Tünchermstr.	nein	103	II
34.	Vereinigung Karlsruher Maurermeister	nein	31	II
35.	Vereinigung der Steindruckereien	nein	11	II
36.	Vereinigung Karlsruher Uhrmacher	nein	50	II
37.	Vereinigung Karlsruher Zimmermeister	ja	20	II
38.	Beton- und Tiefbauarbeiterverband für Deutschland e. V., Gruppe Baden in Mannheim	ja	14	II
39.	Gewerbeverein Karlsruhe	nein	328	III
40.	Gewerbeverein Graben	nein	55	III
41.	Gewerbeverein Klinkenheim	nein	24	III
42.	Gewerbeverein Durlach	nein	114	III
43.	Handwerkerverein Egenstein	nein	50	III
44.	Handwerkerverein Kappel	nein	35	III
45.	Handwerkerverein Spöck	nein	2	III
46.	Handwerkerverein Aue	nein	24	III
47.	Handwerkerverein Gröbningen	nein	62	III

Die Anmeldungen und Mitgliederzeichnisse liegen während 14 Tagen beim Bezirksamt — Polizeidirektion (II. Stock, Zimmer Nr. 43) öffentlich auf; Einsprachen können in dieser Zeit vorgebracht werden.
Karlsruhe, den 20. August 1924.
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Druck G. Kraun, Karlsruhe.